

## Brüssel ist schuld

Der Vorwurf, Griechenland habe beim Euro-Beitritt Zahlen geschönt, ist falsch. Die EU war zu unkritisch. Jetzt hat sie kein Konzept zur Lösung der Krise

Von Kostas Simitis  
und Jiannis Stournaras

Die jüngste Bundestagsdebatte über eine Unterstützung Griechenlands durch ein Rettungspaket von 130 Milliarden Euro war für manchen Abgeordneten auch Anlass zu fragen, ob Athen wirklich bereit gewesen sei, sich am Wagnis einer gemeinsamen Währung, dem Euro, zu beteiligen.

Griechenland war, so viel gilt es zunächst klarzustellen, nicht nur beitragsbereit, sondern hat sich seit Mitte der neunziger Jahre enorm angestrengt, um die Konvergenzkriterien zu erfüllen. Das Staatsdefizit verringerte sich um zehn Prozentpunkte von 12,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 1993 auf 2,5 Prozent im Jahr 1999. Das war das Jahr, dessen Wirtschaftsdaten der im Juni 2000 in Santa Maria da Feira getroffenen Entscheidung des Europäischen Rates über die Aufnahme Griechenlands in die Euro-Zone zugrunde gelegt wurden.

Eine ähnlich positive Entwicklung wiesen auch die anderen Eckdaten zu den nominalen Konvergenzkriterien auf. Zudem gilt es, daran zu erinnern, dass die Entscheidung über den Beitritt nach einer ebenso detaillierten wie umfangreichen Kontrolle der Leistungen der griechischen Wirtschaft durch die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank sowie den entsprechenden Gutachten des Wirtschafts- und Finanzausschusses getroffen wurde.

Genauso bemerkenswert ist es, dass trotz der gerade für diese Periode besonders kennzeichnenden strikten Fiskal- und Währungspolitik, die Wachstumsrate des BIP sich zu verbessern begann. Von einem negativen Wert im Jahr 1993 stieg sie auf vier Prozent Ende der neunziger Jahre, um sich bis 2007 auf diesem Niveau zu halten. Die privaten Investitionen stiegen in dieser Zeit ebenfalls. Dank des Rückgangs der Inflation und der Zinsen von zweistelligen Werten auf einstelliges Niveau floss schließlich nach 20 Jahren immer mehr ausländisches Kapital nach Griechenland.

Gerade jene Kritiker, die der Ansicht sind, Griechenland sei zu Unrecht an der Währungsunion beteiligt, behaupten jedoch immer wieder, Griechenland habe, um des Beitritts willen, seine Wirtschaftsdaten bewusst gefälscht. Ausgespart wird freilich, dass die aus den Wahlen von 2004 hervorgegangene Regierung der konservativen „Neuen Demokratie“ vier Jahre nach der Bestätigung der Daten und dem damit verbundenen Beitritt Griechenlands den äußerst unglücklichen politischen Einfall hatte, die Art der Verbuchung der Verteidigungsausgaben zu verändern, um die Haushaltsbelastung zu verringern. Die bis dahin angewandte Verbuchungsmethodik – sie basierte auf der Grundlage des Lieferdatums des Produkts – wurde aufgegeben. Die Verbuchung richtete sich stattdessen nach dem Datum der Vorauszahlungen, mit der Folge, dass die Staatsdefizite der Jahre vor 2004 erheblich zunahmen und zugleich eine ebenso heftige wie nachhaltige Infragestellung sowie Verleumdung Griechenlands einsetzte.

Das Motto „Griechenland ist aufgrund gefälschter Daten der Euro-Zone beigetreten“ wurde zur Schlagzeile weit über Europa hinaus. Äußerungen wie diese signalisieren eine manifeste Unkenntnis. Trotz des neu gewählten Ansatzpunktes änderte sich das Staatsdefizit im Entscheidungsjahr (1999) nur von 2,5 auf 3,07 Prozent des BIP. Ein Defizit, das im Übrigen niedriger liegt als das entsprechende revidierte Defizit anderer Mitgliedsstaaten.



Griechenland im Schlussverkauf? An der Krise sind nach der Ansicht der beiden Autoren vor allem externe Faktoren schuld. Foto: S. Dawson/Bloomberg

Der Website der Eurostat ist ferner un schwer zu entnehmen, dass auch weitere Mitgliedsstaaten der Euro-Zone mit einem Staatsdefizit, das über 3,1 Prozent des BIP lag, beitraten – ohne dass andauernd darauf hingewiesen wird. Ganz davon zu schweigen, dass auch sie heute ähnliche Probleme wie Griechenland haben. Die Verantwortung für das Geschehe-

ne trifft zweifellos die damalige Regierung der „Neuen Demokratie“; sie obliegt aber auch dem Eurostat-Management sowie der Europäischen Kommission. Beide haben die Daten, die ihnen die neu gewählte Regierung zukommen ließ, übernommen, ohne sie zu überprüfen. Abgesehen davon haben sie weder die griechische Zentralbank noch die Vorgängerre-

gierung aufgefordert, hierzu Stellung zu nehmen.

Mindestens ebenso paradox ist, was danach, im Jahre 2006, geschah: Eurostat gelangte zu dem Schluss, dass bei der Buchung der Verteidigungsausgaben der Erhalt des jeweiligen Materials maßgeblich sei, also genauso vorgegangen werden müsste, wie es Griechenland vor 2004 getan hatte. Eurostat hat dennoch die Daten nicht rückwirkend korrigiert: Das griechische Staatsdefizit von 1999 in Höhe von 3,07 Prozent des BIP wurde beibehalten und eben nicht dem eigens wieder bestätigten Anknüpfungspunkt angepasst. Die geringfügige Abweichung von 0,07 Prozent des BIP von der im Vertrag vorgegebenen Grenze wurde somit zur Ursache, eine offenkundige wie nachdrückliche Anstrengung einer wirtschaftlichen Anpassung zu diskreditieren.

### Die Ursache der Krise lag im unterschiedlichen Wachstum von Norden und Süden.

Die Wirtschaftsleistung Griechenlands nach 2003 und vor allem in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre entsprach leider nicht der in den vorausgesehenen acht Jahren. Die damalige Regierung verlor nach 2006 die Kontrolle über die staatlichen Ausgaben und Einnahmen. Der Höhepunkt wurde 2008 und 2009 erreicht. Das Staatsdefizit stieg auf über zehn Prozent des BIP. Der Zusammenbruch der New Yorker Investmentbank Lehman Brothers und die Neubewertung der Finanzrisiken durch die Märkte führten darüber hinaus zum Anstieg der Kreditzinsen Griechenlands und lösten die Staatsschuldenkrise aus. Das nicht rechtzeitige Ergreifen von strikten Stabilisierungsmaßnahmen durch zwei aufeinanderfolgende Regierungen und das Zögern der Euro-Zone, sich einzuschalten, drängten zunächst Griechenland ins Abseits der Finanzmärkte – und nach langem Hin und Her zu seiner Rettung durch die von der Troika (IWF, EU, EZB) verlangte strikte Umsetzung von Maßnahmen zur Wiederherstellung seines Haushaltsgleichgewichts sowie seiner Wettbewerbsfähigkeit.

Die Ursache der Krise sowohl in Griechenland als auch in den anderen Ländern in der europäischen Peripherie lag vor allem in den unterschiedlichen Wachstumsniveaus zwischen dem Norden und dem Süden, in der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der Länder der Peripherie sowie in den sich daraus ergebenden hohen Defiziten ihrer Zahlungsbilanzen – also, weitaus weniger als immer wieder behauptet, in der administrativen Unfähigkeit der jeweiligen Regierungen. Zwischen 2000 und 2007 belief sich das Jahresdefizit der Handelsbilanz Griechenlands auf 8,4 Prozent und das Portugals auf 9,4 Prozent, während der Überschuss Deutschlands bei 3,2 Prozent und der Niederlande bei 5,4 Prozent lagen. Um dieses Defizit decken zu können, waren die Länder der Peripherie einfach gezwungen, immer mehr Kredite aufzunehmen. Eine Entwicklung, die sich unmittelbar im Anstieg ihrer Schulden widerspiegelt.

Im Bundestag ist nicht zu Unrecht immer wieder darauf hingewiesen worden, dass die öffentliche Verwaltung in Griechenland keineswegs den Anforderungen eines Mitglieds der Euro-Zone entspricht. Die Währungsunion ist allerdings kein Klub hoch entwickelter Staaten. Sie ist vielmehr eine Entwicklungsstufe der Union zur Förderung der wirt-

schaftlichen Zusammenarbeit ihrer Mitglieder, zur Schaffung von Beziehungen, welche die gemeinsamen Wachstumsbemühungen stärken werden, um die schrittweise Konvergenz der Wirtschaften und eine bessere Nutzung der Möglichkeiten zu erreichen, die durch die Abschaffung der Grenzen und die gemeinsamen Ziele geboten werden. Sie muss, anders ausgedrückt, als gemeinsames Fortschrittsprojekt gesehen und behandelt werden sowie deshalb bei ihrer Ausgestaltung sowohl die stärkeren Mitglieder, mit allen ihren Möglichkeiten, als auch die schwächeren, mit ihren Unzulänglichkeiten, einbeziehen können. Zudem: Die besser entwickelten Staaten werden keineswegs nur belastet, vielmehr erzielen sie dank ihrer Finanzdienstleistungen und ihrer Exporte auch und gerade erhebliche Gewinne.

Die Umsetzung der Maßnahmen der Euro-Zone hat seit Mai 2010 zu einer teilweisen Verbesserung der Haushaltsergebnisse sowie der Wettbewerbsfähigkeit in Griechenland geführt, allerdings auch zu einer tiefen und dauerhaften Rezession der Wirtschaft beigetragen. Die Rezession, die der IWF anfangs für den Zeitraum 2009 bis 2012 auf minus 7,5 Prozent schätzte, wird heute auf minus 18 Prozent beziffert. Die Arbeitslosenquote liegt bei 21 Prozent; ein beträchtlicher Teil der griechischen Bevölkerung ist verarmt. Die sozialen Unruhen nehmen ständig zu. Für dieses Ergebnis trägt nicht allein Griechenland die Schuld. Die von der Euro-Zone angewandte Wirtschaftspolitik hat nicht weitergeholfen. Sie forderte Leistungen, die völlig unrealistisch waren und das sogar für Länder mit einer sehr viel stärkeren Wirtschaft als Griechenland.

Griechenland mag mit seiner jüngsten Entwicklung Anlass der Krise in der Euro-Zone gewesen sein, war aber nicht ihr eigentlicher und entscheidender Grund. Die Ursache besteht vielmehr darin, dass die Euro-Zone eine wohl gut funktionierende Währungsunion, aber auch eine nach wie vor unvollständige Wirtschafts- und Fiskalunion ist. Ihre Mitgliedsstaaten werden daher nicht von ungefähr durch weitreichende Unterschiede gekennzeichnet. Sie gehören sowohl zu den ebenso etablierten wie gut funktionierenden Volkswirtschaften des europäischen Nordens als auch zu den deutlich weniger fortgeschrittenen des europäischen Südens. Der Europäischen Union fehlt es unverändert an einem politischen Gesamtkonzept, das ausdrücklich darauf abzielt, die Ungleichgewichte zwischen ihrem hoch entwickelten Kern und der weniger entwickelten Peripherie zu überwinden. Solange ihr dies nicht gelingt, wird es neue Krisen geben.

Die EU hat sich allerdings auch nicht mit einer gezielten Wachstumsförderung wirklich befasst. Ohne ausreichenden Fortschritt kann es jedoch letztendlich weder eine wirtschaftliche noch eine politische Integration geben.



**Kostas Simitis**, Jurist und Ökonom, war in der Zeit von 1996 bis März 2004 griechischer Ministerpräsident.



**Jiannis Stournaras**, Wissenschaftler, ist Professor für Ökonomie an der Universität Athen.

Απόδο  
27

12.903 Χιλιαδες (ΜΕ. Κενά)  
10 000  
2.903

1759 ΑΣΣΑΣ  
To ασύλατο με  
e-mail 6av κ  
Σ. Σηφίμ 11-9-2010

- Να το συναρπάσει  
- Να το φέρω αδιάφορο  
το αείουσε στο έργο  
014 23

## War Griechenland reif für den Euro?

Von Kostas Simitis<sup>1</sup> und Jiannis Stournaras<sup>2</sup>

Während der jüngsten Debatte im Deutschen Bundestag anlässlich der Zustimmung des neuen Rettungspakets von 130 Milliarden Euro an Griechenland haben sich einige Bundestagsabgeordnete die Frage gestellt, ob Griechenland bereit gewesen sei, am Unterfangen einer gemeinsamen Währung, dem Euro, teilzunehmen.

44  
29  
22  
58

Ευδοχία  
για το  
Λάωπο

Seit der Mitte der 90er Jahre unternahm Griechenland enorme Anstrengungen, um die Konvergenzkriterien zu erfüllen. Hierfür setzte es alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel ein: die Fiskalpolitik, die Währungspolitik, die Einkommenspolitik, umfangreiche Privatisierungen von Banken und öffentlichen Unternehmen.

Welche Methode man auch immer bei der Bemessung der gesamtwirtschaftlichen Leistung zugrunde legen möchte (~~volkswirtschaftliche Gesamtrechnung oder Kassenbasis~~) das Staatsdefizit verringerte sich um zehn Prozentpunkte von 12,5% des BIP 1993 auf 2,5% im Jahr 1999, dem Jahr, auf dessen Wirtschaftsdaten die Entscheidung über die Beteiligung Griechenlands an der Eurozone durch den Europäischen Rat von Santa Maria da Feira im Juni 2000 getroffen wurde. Eine ähnlich positive Entwicklung wiesen auch die anderen Eckdaten, die die nominalen Konvergenzkriterien (Inflation, langjährige Zinssätze,

10

<sup>1</sup> Kostas Simitis war Ministerpräsident Griechenlands von 1996 bis Anfang 2004.

<sup>2</sup> Jiannis Stournaras ist Professor an der Universität Athen und Direktor der Stiftung für wirtschaftliche und industrielle Studien. Er war 1994-2000 Präsident des Sachverständigen Rates Griechenlands.

öffentlicher Schuldenstand, Wechselkurs) bilden, auf. Es ist daran zu erinnern, dass die Entscheidung über den Beitritt nach aufwendiger Kontrolle der Leistungen der griechischen Wirtschaft durch die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank und den Wirtschafts- und Finanzausschuss und ihre entsprechenden Gutachten getroffen worden ist. Es ist im Übrigen bemerkenswert, dass trotz der strikten Fiskal- und Währungspolitik in dieser Periode, ~~die notwendig für den Abbau des Staatsdefizits und der Inflation waren~~, die Wachstumsrate des BIP sich zu verbessern begann. Von einem negativen Wert im Jahr 1993 stieg sie auf 4% Ende der 90er, um sich bis 2007 auf diesem Niveau zu halten. Die privaten Investitionen stiegen an, und ausländisches Kapital floss <sup>↑</sup> dank des Rückgangs der Inflation und der Zinsen nach zwanzig Jahren von zweistelligen Werten auf ein einstelliges Niveau nach Griechenland.

~~Auf drei Gründe berufen sich jene, die behaupten, dass Griechenland zu Unrecht an der WWU beteiligt ist. Der erste und wohl bekannteste lautet, dass Griechenland mutmaßlich seine Wirtschaftsdaten gefälscht habe, um den Beitritt zur WWU zu erreichen.~~ <sup>der Ansicht sind</sup> jene, die behaupten, <sup>so behaupten</sup> dass Griechenland <sup>haben</sup> zu Unrecht an der WWU beteiligt ist. Der erste und wohl bekannteste lautet, dass Griechenland mutmaßlich seine Wirtschaftsdaten gefälscht habe, um den Beitritt zur WWU zu erreichen.

Die aus den Wahlen von 2004 hervorgegangene neue Regierung der Nea Demokratia, vier Jahre nach der Annahme der Daten zum Beitritt Griechenlands, hatte den äußerst unglücklichen politischen Einfall, die Art der Verbuchung der Verteidigungsausgaben zu verändern mit dem Ziel, die Haushaltsbelastung in der Zeit, in der sie an der Macht sein würde, zu verringern. Dieser unglückliche Einfall bestand hauptsächlich darin, dass die bis dato angewandte

Verbuchungsmethodik der Verteidigungsausgaben, nämlich auf der Grundlage des Lieferdatums des Produkts, durch eine andere ersetzt wurde, wonach die Ausgabe nach dem Datum der <sup>Voraus</sup> Abschlagszahlungen verbucht wird. Die Änderung der Methodik ließ die Staatsdefizite der Jahre vor 2004 ansteigen. Somit setzte eine Periode der heftigen Infragestellung und Verleumdung Griechenlands ein. Das Motto "Griechenland ist aufgrund gefälschter Daten der Eurozone beigetreten" wurde zur Schlagzeile in vielen Zeitungen in der ganzen Welt. ~~Leider wurde dieses Motto von vielen Politikern übernommen und wird bis heute wiederholt.~~ Diese Beschuldigung signalisiert allerdings Unkenntnis ~~und möglicherweise auch Heuchelei.~~ Denn trotz geänderter Methodik ~~und aufgrund revidierter Daten~~ änderte sich das Staatsdefizit im Entscheidungsjahr (1999) <sup>nur</sup> von 2,5% auf 3,1% <sup>0,7%</sup> des BIP. Um ~~genau zu sein,~~ belief es sich Eurostat (AMECO) zufolge auf 3,07%. Dieses Defizit liegt niedriger als das entsprechende revidierte Defizit anderer Mitgliedstaaten, <sup>die</sup> ~~die~~ auf der Grundlage der Daten von 1997 bemessen worden waren, <sup>da sie</sup> ~~um~~ der ersten „Beitrittswelle“ von Mitgliedstaaten <sup>angehörten</sup> ~~anzugehören,~~ die 1999 die Eurozone begründet <sup>OR</sup> ~~hatten.~~ <sup>Das Eurostat</sup> ~~Der Website von~~ AMECO ist zu entnehmen, dass auch viele weitere Mitgliedstaaten der Eurozone mit einem Staatsdefizit, das über 3,1% des BIP lag, beitraten, ohne dass andauernd darauf hingewiesen wird und trotz der Tatsache, dass auch sie heute ähnliche Probleme wie Griechenland haben.

Die Verantwortung für das Geschehene obliegt zweifellos der damaligen Regierung der Nea Demokratia in Griechenland. Sie obliegt aber auch dem Eurostat-Management und der

Europäischen Kommission, die die Finanzdaten, die die <sup>Daten</sup> zum ~~damaligen Zeitpunkt~~ neu gewählte Regierung ihnen zukommen ließ, <sup>ohne Überarbeitung</sup> übernahmen. Sie haben weder die griechische Zentralbank noch die Vorgängerregierung aufgefordert, hierzu Stellung zu nehmen. Es ist sogar völlig paradox, was in der Folge <sup>in</sup> ~~nach~~ 2006 <sup>geschehen</sup> passiert ist: Eurostat gelangte zu dem Schluss, dass das richtige Vorgehen bei der Buchung der Verteidigungsausgaben die Buchung bei Erhalt des Materials sei, so wie eben Griechenland vor 2004 vorgegangen war. Doch trotz dieser Entscheidung hat Eurostat keine rückwirkende Korrektur der Daten vorgenommen: Das griechische Staatsdefizit von 1999 in Höhe von 3,07% des BIP wurde beibehalten, obwohl es an die neue Entscheidung hätte angepasst werden sollen. Die geringfügige Abweichung von 0,07% des BIP von der im Vertrag vorgegebenen Grenze, die ~~von den Verwaltungsbehörden der Eurozone unkritisch angenommen wurde~~, wurde somit zur Ursache, <sup>zu diskreditieren.</sup> ~~das eine enorme Anstrengung wirtschaftlicher Anpassung diskreditiert worden ist.~~ Wir erinnern in diesem Zusammenhang, dass jüngst auch <sup>es</sup> ~~der~~ Versuch der Verleumdung Griechenlands gestartet wurde basierend auf üblichen Währungsswaps, die zwischen dem griechischen Finanzministerium und der Goldman Sachs Bank Ende 2001 erfolgten, wie sie zu jener Zeit hundertfach als einfache Transaktionen zur Verwaltung der Staatsschulden von allen Mitgliedstaaten verwendet wurden. Wieder einmal war die Rede davon, dass Griechenland seine Finanzdaten manipuliert hatte, um der Eurozone beizutreten: das waren nun die neuen Schlagzeilen der Zeitungen, die auch dieses Mal von vielen Politikern übernommen wurden. Die Tatsache, dass dieses swap-Geschäft ganze zwei Jahre nach dem Jahr 1999 durchgeführt

19

wurde, dem Jahr auf dessen Finanzdaten die Entscheidung über den Eurozone-Beitritt Griechenlands gefällt wurde, und ein ganzes Jahr nach dem Beitrittsbeschluss durch den Europäischen Rat von ~~Lissabon~~, wird in keiner Weise berücksichtigt!

Santa Maria da Feiza



Der zweite Grund, der angeführt wird, um die Behauptung zu untermauern, dass der Beitritt des Landes in die WWU ein Fehler sei, sind die Verschwendung von staatlicher Seite und die übermäßigen Defizite.

Die Wirtschaftsleistung Griechenlands nach 2003 und vor allem in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre entsprach leider nicht der in den vorausgehenden acht Jahren. Nach 2006 begann die damalige Regierung die Kontrolle über die staatlichen Ausgaben und Einnahmen zu verlieren, was seinen Höhepunkt 2008 und 2009 erreichte, wo das Staatsdefizit auf über 10% des BIP empor schnellte. Der Zusammenbruch von Lehman Brothers und die Neubewertung der Finanzrisiken durch die Märkte führte zum Anstieg der Kreditzinsen Griechenlands, ~~das das schwächste Glied der Eurozone war~~. Auf diese Weise wurde die griechische Staatsschuldenkrise ausgelöst. Das nicht rechtzeitige Ergreifen von strikten Stabilisierungsmaßnahmen durch zwei aufeinander folgende Regierungen und <sup>das Zögern</sup> ~~die Zögerlichkeit seitens~~ der Eurozone, einzugreifen, führte Griechenland ins Abseits der Finanzmärkte und nach langem Hin und Her zu seiner Rettung durch die Troika (IWF, EU, EZB) unter der Bedingung der strikten Umsetzung von Maßnahmen zur Wiederherstellung seines Haushaltsgleichgewichts und seiner Wettbewerbsfähigkeit.

ΕΠΩ και αννοωραπρω κειρα

Ο ανωτερο ου πια μωρεη νε χωριος το νεφν

Liegt die ausschließliche Ursache für diese Entwicklung in ~~der~~ <sup>ein</sup> tatsächlich vorhandenen Verschwendung? Die Ursache für die Krise sowohl in Griechenland als auch in den anderen Ländern in der europäischen Peripherie lag vor allem in den unterschiedlichen Wachstumsniveaus zwischen dem Norden und dem Süden, in der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der Länder der Peripherie ~~und das sich daraus ergebende~~ sowie in den hohen Defiziten ihrer Zahlungsbilanzen und weniger in der administrativen Unfähigkeit ihrer Regierenden. ~~Der Süden kauft vom Norden qualitativ hochwertige und spitzentechnologische Industrieprodukte ein. Der Norden wiederum kauft vom Süden viel weniger Güter.~~ Zwischen 2000-2007 belief sich das Jahresdefizit der Handelsbilanz Griechenlands auf 8,4% und das Portugals auf 9,4%, während der Überschuss Deutschlands bei 3,2% und der Niederlande bei 5,4% lagen. Um dieses Defizit decken zu können, sind die Länder der Peripherie gezwungen, immer mehr Kredite aufzunehmen. Die Folge davon ist der Anstieg ihrer Schulden.

~~Im Bundestag ist darauf hingewiesen worden, dass die öffentlichen~~  
Die Mängel in der Arbeitsweise der Staatsverwaltung und der ~~in~~ <sup>Verwaltung</sup> Institutionen waren auch Anlass für die Behauptung, dass ~~in~~ <sup>in</sup> Griechenland, aber eventuell auch andere Staaten der Peripherie, ~~den~~ <sup>Land</sup> nicht den Anforderungen eines Mitglieds der ~~WWU hätten beitreten dürfen.~~ Die WWU ist jedoch kein ~~der~~ <sup>Club</sup> Club von hochentwickelten Staaten, deren gemeinsame ~~Interessen den Interessen jener Staaten, die im Rückstand sind,~~ <sup>Ents</sup> Interessen den Interessen jener Staaten, die im Rückstand sind, ~~zuwider laufen. Vielmehr ist sie eine Entwicklungsstufe der Union~~ <sup>Das trifft zu.</sup> zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ihrer Mitglieder, zur Schaffung von Beziehungen, die die gemeinsamen Wachstumsbemühungen stärken werden, um die schrittweise

Konvergenz der Wirtschaften und eine bessere Nutzung der Möglichkeiten, die durch die Abschaffung der Grenzen und die gemeinsamen Ziele geboten werden, zu erreichen. Sie ist das gemeinsame Fortschrittsprojekt. Und vor diesem Hintergrund muss sie in ihrer Ausgestaltung sowohl die Stärkeren, mit all ihren Möglichkeiten, wie auch die Schwächeren mit ihren Unzulänglichkeiten einbeziehen können. Die Ungleichgewichte berücksichtigen und die Tatsache bewerten, dass die entwickelten Staaten nicht nur belastet werden, sondern dank ihrer Finanzdienstleistungen und ihrer Exporte auch erhebliche Gewinne erzielen.

Die Umsetzung der Maßnahmen der Eurozone in Griechenland seit Mai 2010 hat zu einer teilweise Verbesserung der Haushaltsergebnisse und der Wettbewerbsfähigkeit geführt, trug allerdings zur tiefen und dauerhaften Rezession der Wirtschaft, zum explosionsartigen Anstieg der Arbeitslosenquote auf 20%, zur Verarmung und Verelendung eines Teils der griechischen Bevölkerung bei. Für dieses Ergebnis trägt nicht allein Griechenland die Schuld. Der Wirtschaftspolitikmix, der durch die erste Darlehensvereinbarung auferlegt wurde, war ungeeignet, und folglich auch die erwarteten Leistungen unrealistisch, und das sogar für Länder mit einer viel stärkeren Wirtschaft als Griechenland. Es drängt sich der Verdacht auf, dass es sich dabei um Bedingungen handelte, die das Ziel verfolgten, abschreckend auf andere Länder zu wirken, indem Griechenland bestraft werden sollte. Die Rezession, die der IWF anfangs für den Zeitraum 2009-2012 auf -7,5% schätzte, wird heute auf -18% beziffert mit dem

Die sozialen Unruhen nehmen ständig zu

Die ist 21% gestiegen  
Die von der Eurozone angewandte  
Sie erwartete vom Lande die völlig waren

~~Ergebnis, dass auch die Erfüllung der weiteren Ziele verfehlt wird, bzw. es zu heftigen sozialen Unruhen kommen wird.~~

Griechenland war der Anlass der Krise in der Eurozone, aber nicht ihre Ursache. Die Ursache besteht darin, dass die Eurozone eine <sup>gut funktionierende</sup> vollständige Währungsunion ist, aber <sup>gleichzeitig</sup> eine unvollständige Wirtschafts- und Fiskalunion <sup>ihre</sup> von Mitgliedstaaten mit <sup>unterschiedlichen weitgreifenden Unterschieden</sup> unterschiedlichen strukturellen Charakteristika: <sup>Sie gehören sowohl zu</sup> denen den reifen Volkswirtschaften des europäischen Nordens <sup>als auch zu den</sup> und jenen der weniger <sup>entwickelten</sup> reifen Volkswirtschaften des europäischen Südens. Die aktuelle Krise ist nur zu einem geringen Anteil eine Staatsschuldenkrise, und dies betrifft in erster Linie Griechenland und Portugal. <sup>Sie ist vor allem</sup> Der Rest ist eine Krise des privaten Sektors und der Bankensysteme einer Reihe von Mitgliedstaaten und eine Krise der Kontrolle und der Aufsicht durch die Finanz- und Währungsbehörden der Eurozone. Die Europäische Union hat noch nicht ein politisches Gesamtkonzept <sup>um die</sup> der wirtschaftlichen Governance ausgestaltet <sup>zu überwinden</sup> oder einen neuen Ansatz zum Abbau der Ungleichgewichte zwischen ihrem hoch entwickelten Kern und der weniger entwickelten Peripherie <sup>auch</sup> konzipiert. Sie hat sich <sup>Solange ihr dies nicht gelingt</sup> nicht mit der Förderung von Wachstum befasst. Wenn dies nicht passiert, dann wird es <sup>aber</sup> auch in Zukunft neue Krisen geben. Der "fiscal compact", der, so die politischen Führungen der Eurozone, ihnen Wirtschaftsstabilität gewährleisten wird, wird diesen Effekt ohne zusätzliche Maßnahmen für Wachstum und Konvergenz der Wirtschaftsniveaus aller Staaten nicht erreichen. Und <sup>aber</sup> ohne ausreichenden Fortschritt kann es letztendlich keine wirtschaftliche Integration und politische Union geben.